

Die Initiative Berliner Bankenskandal

wünscht Euch/ Ihnen ein gesundes, gutes sowie zufriedenes Neues Jahr 2008!

Vermögensschaden BGB (LBBH) - Kosten der Risikoabschirmung (bezahlbare, offene) - Haushalt, Schulden, Zinsen - „SachsenLB“ Sachsens Glanz und Gloria (Bankenkrise im Allgemeinen) - die Gerichts-Prozesse zum Berliner Bankenskandal - Direkte Demokratie - usw. - nachstehend und im Anhang „Vorwort Kalender 08“:

2007:

Berlin verkauft seine Landesbank (LBBH), nebst Sparkasse! Landesvermögen für immer Ade. Oh Freude, wenigstens sind BIH Berliner Immobilien Holding Gruppe und IBB Investitionsbank Berlin den Steuerzahlern geblieben.

Bürgermeister Wowereit (SPD) veröffentlicht seine Memoiren, regiert mit lockerer Hand und guten Umfragewerten.

Senator Sarrazin (SPD), der Herr der Berliner Finanzen, schreibt das Sterntaler-Märchen um, in dem er trotz Hexe-VerfGH aus Karlsruhe, gackernden Bezirksgänsen, usw., den Haushalt konsolidiert, sogar Schulden tilgen will. Die Kosten der Risikoabschirmung sollen mit 4,6 Mrd. EUR aus dem Verkauf der LBBH gegenfinanzierbar sein?

Der Berliner Bankenskandal, eine der Berliner Varianten der Verschleuderung von Volksvermögen, daher vergeben und vergessen? Die gerechtere Lastenverteilung der ungedeckten Kosten des Bankenskandals, mehr Transparenz über das Immobilien-Landesvermögen „BIH“ (ehemals BGB-Teil), mehr demokratische Bürgermitsprache, tauchen als wichtige Themen in der Umfrage der Berliner Zeitung zum Jahresende jedenfalls nicht auf, wurden wahrscheinlich auch gar nicht den Befragten angeboten?

Finanzminister Steinbrück will den Fehlern bei der WestLB auf den Grund gehen, die IK Bank zügig ausschreiben und verkaufen, den Ratingagenturen auf den Zahn fühlen, den Bankensektor transparenter machen, die Verantwortung der bankinternen Risikomanagements und der Vorstände thematisieren (Möglicherweise kennt er gleiche Forderungen der Banken-Inis aus Berlin nicht, hat aber wenigstens die Zusammenfassung des 900seitigen Bericht des Untersuchungsausschuss Bankgesellschaft Berlin vom Juni 2006 gelesen?).

Die Sparkassen wollen nach Berliner-LBBH (öffentlich-privat), IKB (privat), SachsenLB (öffentlich) nun Privatbanken in Krisen nicht mehr stützen, so aktuell Herr Haasis vom Deutschen Sparkassen und Giroverband (DSGV). Er meint außerdem, dass Abschreibungen ausreichen, um in Deutschland die Bankenkrise zu beherrschen.

Herr Millbradt, Sachsens Ministerpräsident, sagt, dass er für das SachsenLB-Debakel (ca. 43 Mrd. für US-Immobilien-Kredite in Zweckgesellschaften außerhalb offizieller Bilanzen, davon 17 Mrd. EUR „oberfaul“) natürlich nicht verantwortlich ist und die Finanzauswirkungen daraus beherrschbar sind.

Frau Bundeskanzlerin Merkel sagt, dass der Aufschwung bei den Menschen ankommt. Sie fährt nach Grönland, um als Klimaschutzaktivistin zu gelten, kritisiert aber die EU ob deren Maßnahmen gegen die deutsche Autoindustrie, lässt EU-Regeln für besseren Bodenschutz sperren. Bei ca. 55 Prozent der Deutschen findet sie Zustimmung. Eine Mehrheit der Bundesbürger meint aber auch, nichts vom Aufschwung zu haben und per Jahreswechelumfrage mit Sorgen auf 2008 blicken zu müssen.

Also etwa alles Paletti, trotz wesensgleicher Bankenskandale bei SachsenLB, IKB, WestLB, LBBW und Deutsche Bank sowie wohlfeiler Neujahrsansprache der Frau Kanzlerin?

In „Neues aus der Anstalt“ des ZDF brauchen die Kabarettisten Schramm und Priol angesichts dieser Gemengelage immer größere Dosen Antidepressiva!

Nur Kabarettisten?

Aus heutiger Sicht haben in Berlin die CDU und die SPD im Zusammenhang mit Landesbeteiligungen an Geld- und Kreditinstituten ein Landesvermögen von 12 (optim.) bis 17 Milliarden (pessim.) EUR im Jahr 2032, dem angeblichen Ende der Risikoabschirmung, in den Sand gesetzt. Die Berliner Politik freut sich darüber, dass bei Verrechnung der optimistischen Version mit den Einnahmen aus dem Vermögenseinsatz (u.a. mit 4,6 Mrd. EUR Gelder der Sparkassen) Berlin mit einem blauen Auge (Nullsummenspiel) davon kommen könnte. Dass es sehr viel wahrscheinlicher ist, dass der pessimistische Fall eintritt und um die 5 Milliarden EUR ungedeckt bleiben könnten, verschweigen Sie geflissentlich, Hand in Hand mit eigenartig handzahmen Medien (Berliner Zeitung, Tagesspiegel, Morgenpost, usw.) und vielen Zeitgenossen und Institutionen, die es sich im Dunstkreis politischer und wirtschaftlicher Abhängigkeiten bequem und warm eingerichtet haben. Darin nicht berücksichtigt ist die wahrscheinliche Wiederauflebung der Kommanditistenhaftung von anfänglich mehr als 400 Mio. EUR aus dem

Mehrheitsbesitz des Landes bei 6 Fonds als auch aus vielen weiteren Unwägbarkeiten, die sich ergeben, da das Ziel „Mehrheitsbesitz“ bei der Mehrheit der Fonds eben nicht erreicht ist.

Die Rettungs- und Sanierungsmaßnahmen zu Gunsten der Bank, des Kapitals im Allgemeinen, wären alternativlos, so im Prinzip alle gemeinsam im Chor! Die Linkspartei will die Interessen der Arbeitnehmer vertreten und beschließt in Berlin laufend Maßnahmen mit, bei denen Gelder direkt oder über Umwege beim Kapital landet, obwohl sie sich als Umsetzer des Vermächtnisses von Marx und Engels versteht!

Das hier und auch anderswo (SachsenLB, IK Bank, WestLB) missbrauchte Volksvermögen kommt mit Garantie nicht sozial- und realwirtschaftlichen Zwecken zu Gute und kann auch nicht durch Vermögensteuer, Tobin-Steuer oder sonst wie genannte Versuche, den Systemfehler zu bereinigen, wieder ausgeglichen werden!

Die IBB, die 2004 aus der BGB ausgegliedert wurde, steht auf wackligen Füßen und wird wohl ohne weitere eigenkapitalstärkende Maßnahmen des Anstaltsträgers Berlin, die Vorgaben des Kreditwesengesetz auf Dauer nicht einhalten können. Die Verzinsung der Stillen Einlage bei der LBBH kann allerdings dafür nicht mehr genutzt werden, denn die ist für 0,723 Mrd. EUR als Teil der 5,35 Mrd. an den DSGVO verkauft.

Die Transparenz und Kontrolle, die notwendig ist, um die Berliner Immobilien Holding GmbH-Gruppe (auf sie wurde 2006 die Risikoabschirmung verlagert) so hinzu bekommen, dass sie weder mit Eigenkosten eine weitere Last des Landes wird, noch die Risikoabschirmung ausufert, wird nicht realisiert, trotz Bankenskandal, Untersuchungsausschuss, bürgerlichen Initiativen, Deutschem Corporate Governance!

Klar, würde der Finanzsenator hier gegenüber Parlament und Öffentlichkeit für Durchsicht sorgen, statt mit Tricks (Ein Gutachten des Parlamentsdienstes sagt, dass der Nachtragshaushalt 2007 verfassungswidrig wäre) Risikoabschirmung und Haushalt 2008/2009 zu beschönigen, wäre es wohl um seine Selbstherrlichkeit als Sterntaler-Märchenerzähler vorbei. Der Haushalt wäre nackt und er müsste sich an die Novelle „Kaisers neue Kleider“ erinnern lassen müssen.

Die CDU will trotzdem wieder an die Macht, die SPD an der Macht bleiben. Das Herz schlägt links, deshalb reicht die Linkspartei zu allen Schandtaten zu Lasten der Substanz Berlins (2007 im Städte-Ranking letzter Platz) und der sozial Schwächeren (u.a. wird der Haushalt auch auf Kosten von Personen mit multiplen Vermittlungshemmnissen – ca. 500.000 EUR - konsolidiert) der SPD die Hand. Macht ausüben kann man aber nur, wenn die Beherrschten sich lieber mit I-Phones, Playstations (Robert Redford zur Rolle der USA-Bürger) oder Lotto-Jackpots auseinandersetzen, als mit der Politik der Parteien, sich mit griffigen Formulierungen (engl.: wording) oder mit aktuellen Stammtisch-Agenda (agenda setting) zufrieden geben, statt zu hinterfragen und dann bei Wahlen tatsächlich als Souverän zu agieren!

Die Aufarbeitung des Berliner Bankenskandals, die Verschleuderung von Volksvermögen aller Orten, die Einstellung zur Direkten Demokratie bei den Gewerkschaften: offizielles Schweigen!

Die öffentlich-rechtlichen Banken und Sparkassen haben beim Eingehen von Risiken sich besonders profiliert und beteiligen sich bei diversen Rettungs- und Sanierungsmassnahmen in hervorgehobener Weise. Mit ca. 6,3 Milliarden EUR sind über 400 Sparkassen anteilig in Berlin dabei, die erst mal angesichts des scharfen Wettbewerbs generell und im Besonderen durch die aktuelle Bankenkrise refinanziert werden müssen. 6,3 Mrd. EUR, die an anderen Stellen fehlen, für kostenlose und per Gesetz rechtssichere Girokonten in Berlin, überall für günstige Kredite, für Häuslerbauer, Klimaschutzmaßnahmen, usw.

Die von Herrn Haasis (DSGV) erwähnten Abschreibungen gehen natürlich zu Lasten der Steuereinnahmen, sowie alle anderen (BGB, usw.) zuvor auch schon, Vater Staat ist ja großzügig.

Sachsens Millbradt erklärt in einem Bürgerbrief zum Jahreswechsel, dass er ja nicht ahnen konnte, dass sich die Immobilienkredite in den USA so entwickeln. Aus entsprechender Ahnungslosigkeit hat man deswegen sicherlich die Kreditpakete vor der offiziellen Bilanz versteckt? Die Berliner Vorspieler wollen auch nicht gewusst haben, dass es schief gehen muss, wenn man es zulässt, Gewinne mit Sorglos-Garantie-Fonds zu erwirtschaften. Die Herren Pieroth (Ex-Finanzsenator, CDU), Meisner (Ex-Wirtschafts- und Finanzsenator, SPD), usw., waren sich sogar sicher, dass Berlin durch Gründung der BGB aus allen zukünftigen Gesellschafter-Verpflichtungen aus dem Spiel ist. Seltsam nur, dass der Markt so gar nicht spielen will, wie es die hochbezahlten, selbsternannten Leistungsträger aller Orten meinen, wie er es tun müsste!

„Wie schon im berüchtigten Berliner Bankenskandal muss vor allem der Niedriglöhner-Plebs für die Profitspekulation von Millionenzockern herhalten - vorzugsweise durch „soziale Opfer“. Denn die Milliarden

Risiken will natürlich keine Großbank, kein Kapitalkonsortium, kein Millbradt übernehmen.“, schreibt ungefähr die Neue Rheinische Zeitung am 19.12.2007 zur SachsenLB-Story.

Die Einkommen der Otto-Normalverbraucher sinken seit Jahren, daran werden auch die wohl höheren Tarifabschlüsse 2008 für manche Beschäftigte und die zwischenzeitliche Senkung der Lohnnebenkosten nichts ändern. Im Gegenteil, Otto-Normalverbraucher wird kurz- und mittelfristig mit derart vielen Preis- und Abgabensteigerungen (Energie, Wasser, veraltete Autos, marode Netze, Gesundheit, usw.) konfrontiert, dass ihm (uns) schwindlig werden wird! Erst wird beispielsweise der Klimawandel verschlafen, dann wird auf Rechnung des Normalverbrauchers Klimaschutz betrieben, aber auch nur halbherzig.

2008:

Muss das alles so sein? Gibt es wirklich keine Alternativen?

Könnte man eine Bank nicht so führen wie die „Kässle“ in Gammesfeld nahe Rothenburg ob der Tauber? Jeder der ein Konto hat, ist Mitglied in der Genossenschaft „Kässle“. Einzige Bedingung, man muss vor Ort wohnen. Die Eigenkosten sind absolut gering. Die Kreditvergaben (z. B. für Solaranlagen) sind transparent, werden durch ein Ortsgremium kontrolliert und so gestaltet, dass sie nicht zur inflationssichernden, permanenten Erhöhung der Geldmenge beitragen, so wie es die Praxis der übrigen Geschäftsbanken macht. Unsinnige Spekulationsprodukte (Verbriefungen, Conduits, Garantiefonds, usw.) werden nicht kreiert. Die Notenbanken brauchten dann auch nicht mit untauglichen Liquiditätsspritzen gegenzusteuern.

Über Alternativen, die BIH-Gruppe, Landesbeteiligungen generell, kommen 2008 die weiteren BGB-Strafhauptprozesse (u.a. wieder gegen Landowsky, aber auch endlich gegen Schoeps in einem Hauptprozess, der wohl ca. 100 Mio. EUR ins Trockene brachte) tatsächlich zu Stande, usw., werden wir uns als Initiativen, als Bürger, 2008 kümmern müssen.

Aber wohl auch endlich um die Rolle der Geschäftsbanken und Sparkassen, des Geldes im Allgemeinen, Speziellem und Besonderem.

„Alle Banken verstaatlichen?“ fragt Robert von Heusinger (Ressortleiter Wirtschaft der Frankfurter Rundschau) im Blog „Herdentrieb“ der Zeit am 28.12.2007. Ein Kommentator (Winkler) dazu: „Eine kleine Frage: was machen verstaatlichte Banken besser? Das beste Argument gegen die Verstaatlichung von Unternehmen ist doch, dass sie nichts anderes tun als private, das aber noch schlechter.“ Sacrament, da wo privatisiert wurde, sieht es im Ergebnis noch düsterer aus, als vorher. Was also tun?

Oder wie kommt das Geld in unsre Brieftaschen? Durch Schuld oder ist es einfach da? Wenn durch Schuld, wie funktioniert das weiterhin, wenn die öffentlichen Haushalte ihre Schulden groß tilgen, die Zinslast senken? Übernehmen „Private“ dann die Funktion des staatlichen Schuldenmachens, damit die Wirtschaft nicht ins stocken gerät? Was passiert eigentlich genau, wenn Geschäftsbanken Kredite vergeben. Woher kommt das Geld, dass die Schuldner für die Bezahlung der Schuldzinsen benötigen? Wie refinanzieren sich Banken und Sparkassen, wenn die bisher üblichen Spekulations-Wege verbaut bzw. verfemt sind? Warum lässt es der Staat eigentlich im heutigen Finanzsystem nicht zu, dass Banken pleite gehen, weder kleine, erst recht nicht große und egal ob privat (IKB) oder öffentlich-rechtlich (BGB, SachsenLB)? Da die Banken das Nadelöhr jeder gedeihlichen Volkswirtschaft sind, sind ohne vernünftige Lösung hier, in allen anderen Bereichen, ob im Sozialen, im integrierten Wohnen oder im Wirtschaftlichen, höchstens zeitlich begrenzte Verbesserungen für den Normalverbraucher erreichbar!

Die Initiative hat mit dem Volksbegehren „Schluß mit dem Berliner Bankenskandal“ inkl. des VerfGH-Prozesses ein Meilenstein für die Direkte Demokratie in Berlin gesetzt. Sie sollte sich weiterhin für die Verbesserung der Mitsprache der Bürger einsetzen!

Dringend notwendig ist es, die Demokratie zu stärken, sowohl bei allgemeinen Wahlen als auch bei Direkter Demokratie. Die geänderte Fassung des Ausführungsgesetzes für Berliner Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide soll endlich ab Januar 2008 im Abgeordnetenhaus behandelt werden, 15 Monate nach entsprechender Verfassungsänderung durch Volksentscheid. Es wird einen Fortschritt geben, sicher, nur wenigstens nahe Augenhöhe mit den Parteien werden die Volksbegehrensträger auch dann nicht gestellt, zumal wenn sie so gut wie mittellos sind. Es ist schon irgendwie frustrierend, wenn einerseits Parteien erhebliche Steuergelder erhalten, obwohl sie bei Regierungsverantwortung den Steuerzahler wie vor- und nachstehend beschrieben mit Milliarden EUR schädigen, andererseits sinnvolle Volksbegehren daran scheitern, dass in allen drei Phasen (Unterstützung, Volksbegehren, Volksentscheid) die meisten Initiatoren das Defizit bei Bekanntheit und Notwendigkeit der Themen mit ihren bescheidenen materiellen Kampagne-Mitteln gar nicht oder nur schlecht

ausgleichen können bzw. bei Ablehnung des Volksbegehrens durch den Senat, nicht die Mittel zum Einspruch per Verfassungsklage haben. Neu soll vorgesehen werden, die Transparenz über Auswirkungen auf den öffentlichen Haushalt herzustellen, durch Bezifferung der entsprechenden Kosten auf dem Unterschriftsbogen, berechnet durch die Senatsverwaltung, auf Antrag des Trägers. Unklar ist derzeit, ob auch der Träger eine eigene Berechnung ausweisen kann, ob die Ausweisung erst ab Zulassung des Volksbegehrens (Stufe 2) oder bereits ab der Unterstützungssammlung (20.000 Unterschriften) erfolgen soll? Sinnvoll wäre es aber, wenn der Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens bereits vor der Unterstützungssammlung gestellt wird, zusammen mit der Berechnung der Haushaltsauswirkung. Dann wären die Bürger von Anfang an im Bilde und das Volksbegehren wird insgesamt flüssiger. Bei Ablehnung sollte durch Rechtskostenhilfe nicht der Fall entstehen, dass mangels finanzieller Mittel die verfassungsrechtliche Klärung nicht möglich ist! Beispielsweise ist es ja durchaus denkbar, dass die Ablehnung damit begründet wird, dass durch die Auswirkung auf den Haushalt, dieser angeblich nicht mehr verfassungskonform ist. Im Falle des Volksbegehrens „Schluss mit dem Berliner Bankenskandal“ war es ja so, dass der Träger beabsichtigte, durch das Volksbegehren die Verfassungsordnung wieder herzustellen. Bis heute ist nicht eindeutig geklärt, ob die Risikoabschirmung inkl. Detailvereinbarung mit der Verfassung von Berlin vereinbar ist. Auch aktuell sind die Haushalte (Nachtragshaushalt 2007 und Doppelhaushalt 2008/2009) höchst bedenklich. Die Konsolidierungen des Haushaltes zu Gunsten privater Vermögen auf Kosten des Gemeinwesens ist kein Schönheitsfehler. Was aber können die Bürger sonst tun, um derartige Zustände zu begründen? Eine Zuschauerdemokratie ist keine Demokratie im Sinne des Grundgesetzes!

Insbesondere SPD und CDU scheuen mehr direkte Mitbestimmungsrechte der Bürger wie der Teufel das Weihwasser. Geradezu ein Knaller wäre es, wenn es statt des dreistufigen Volksbegehren-Procedere „nur“ noch ein zweistufiges (Volksbegehren und Volksentscheid) geben würde, wenn es obligatorische und fakultative Referenden gäbe, ähnlich der Schweiz.

Zum neuen Ausführungsgesetz und einem neuen Wahlrecht für Berlin kann man sich hier informieren: <http://www.besseres-wahlrecht.de/>

Über das Volksbegehren zur Offenlegung der Verträge zur Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe kann man sich hier informieren: <http://www.berliner-wassertisch.net/>

Die Ausstellung zum Berliner Bankenskandal kann ab 7.1. im Rathaus Marzahn (Helene-Weigelt-Platz, PM der Grünen im Anhang) besichtigt werden! Sie ist um die Schadensbilanz erweitert. Um weitere Erweiterungen (BIH, Chronologie, Rechtsprozesse) bemühen wir uns.

Den entsprechenden Wandkalender 2008 kann man wieder beziehen. Kontaktadressen stehen auf der Homepage www.berliner-bankenskandal.de, der Verfasser dieses Rundschreibens ist darunter.

Bei unseren monatlichen Treffen (1. Donnerstag eines jeden Monats, ausnehmlich Januar, Sommerferien und Dezember) können Interessierte direkt mitarbeiten. Über Ort und Zeit informieren wir per Einladung mittels des Verteilers <http://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/bankenskandal-plenum>

Ausstellung, Wandkalender, andere Aufklärungsmittel, Volksinitiativen und Volksbegehren, usw., sind leider nicht kostenlos.

Bitte unterstützen Sie uns daher mit Spenden und nützen Sie dafür das Konto des gemeinnützigen Fördervereins „Berliner Banken-Luft-Förderverein zur Entwicklung des öffentlichen Bewusstseins für gemeinwohlorientetes Wirtschaften“:

Konto-Nr.: 7244685000
BLZ 100 900 00
Berliner Volksbank

herzlichst
Hans-Jürgen Lindemann (hjind@web.de)

Service:

Für diejenigen, die überlegen, aus Gründen der Klimaverträglichkeit (etwa 95 Prozent aller deutschen Haushalte beziehen noch immer Atomstrom und weniger als fünf Prozent Ökostrom) und weil die preistreibende Rolle der klassischen Energiekonzerne unerträglich ist, den Energielieferanten zu wechseln, hier einige Adressen:

www.ews-schoenau.de

www.greenpeace-energy.de

www.kein-atomstrom.de (Lichtblick)

www.naturstrom.de